



03.05.2011
KI/Gei

An alle Mitglieder
der Fachvereinigung Güterkraftverkehr

R u n d s c h r e i b e n Nr. 05/11

Rot/Grün legt Koalitionsvertrag vor / Aussagen zu Mobilität, Infrastruktur und Güterverkehr

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grüne und SPD haben am vergangenen Mittwoch ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Der Vertrag wird die Grundlage der zukünftigen Regierungspolitik in Baden-Württemberg bilden. Im Bereich Mobilität, Infrastruktur und Güterverkehr ist der Koalitionsvertrag gespickt mit Reizthemen für das Transportgewerbe:

Straßengütertransport:

Gegenüber dem Bund will sich die Koalition für „kostenorientierte Lkw-Mautsätze“, mit anderen Worten für Mauterhöhungen, einsetzen. Auf zweistreifigen Autobahnen soll ein Lkw-Überholverbot eingeführt werden und mit „ordnungsrechtlichen Maßnahmen“, also Fahrverboten, soll Mautausweichverkehr zurückgedrängt werden. Was die Vergabe von Transportaufträgen durch die öffentliche Hand (genannt werden z. B. Müll oder Baulogistik) anbelangt, sollen verstärkt Schienenlösungen gesucht, also der Lkw ausgebremst, werden.

Lkw-Fahrzeugkonzepte:

Erwartungsgemäß lehnt die neue Regierungskoalition den Lang-Lkw strikt ab und will sich nicht an dem Modellversuch der Bundesregierung beteiligen.

Güterverkehr:

Auch Verkehrsverlagerungs- und Verkehrsvermeidungsphantasien erhalten durch den Koalitionsvertrag neue Nahrung. Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Hierzu heißt es im Koalitionsvertrag: „Damit unser Land nicht im Dauerstau erstickt, werden wir einen aktiven Beitrag zur Verlagerung besonders des Mittel- und Langstreckengüterverkehrs weg von der Straße leisten. Unnötige Transporte sollen vermieden werden. Unser Ziel ist, den Schienengüterverkehr im Land zu stärken. Wir wollen den Kombiverkehr und insbesondere die Ansiedlung von dezentralen Umschlaganlagen fördern, um Spediteuren den Umstieg auf Schiene und Binnenschiff zu ermöglichen.“

City-Logistik:

Verkehrsbelastungen durch die Anlieferung von Waren in den Innenstädten sollen durch nachhaltige Citylogistik-Konzepte reduziert werden. Erklärtes Ziel ist hier die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs. Für den städtischen Bereich kündigt der Koalitionsvertrag ferner insbesondere für Umweltzonen zusätzliche Maßnahmen zur Schadstoff- und Lärmreduzierung an.

Infrastruktur:

Die Koalition will in den kommenden fünf Jahren dem Erhalt von Straßen des bestehenden Netzes Priorität einräumen. Ab 2012 sollen die Haushaltsmittel für den Erhalt der Landesstraßen gegenüber den Ansätzen der bisherigen Landesregierung ansteigen. Zwischen den Zeilen wird dabei deutlich, dass die Konzentration auf den Straßenerhalt umgekehrt bedeutet, den Neu- und Ausbau von Straßen weitgehend zurückzustellen. Wörtlich heißt es hierzu: „Zunächst werden wir alle bereits begonnenen Neu- und Ausbaumaßnahmen abschließen. Parallel dazu werden wir den Ausbauplan für die Landesstraßen überarbeiten und uns dabei auf dringliche und ökologisch vertretbare Maßnahmen mit hoher Entlastungsfunktion für die Bevölkerung konzentrieren.“

Verkehrsrestriktionen:

Erklärtermaßen will die Koalition auf Bundesebene Initiativen für die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen und eine Absenkung innerörtlicher Regelgeschwindigkeiten unterstützen. Wörtlich heißt es weiter: „Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit oder zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm und Emissionen werden wir auf Landesebene die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.“

Mit freundlichen Grüßen

**Verband des Verkehrsgewerbes
Südbaden e.V.**



(Klug)